

Rede von Tony Blair zur Erklärung von Laeken (London, 17. Dezember 2001)

Legende: Am 17. Dezember 2001 erläutert der britische Premierminister Tony Blair vor dem britischen Abgeordnetenhaus die Ergebnisse des Europäischen Rates von Laeken und begrüßt die Erklärung über die Zukunft der Europäischen Union.

Quelle: Laeken - Prime Minister's statement to Parliament. [ON-LINE]. [s.l.]: Her Majesty's Stationery Office, [29.04.2005]. Disponible sur <http://www.number-10.gov.uk/output/Page1676.asp>.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_tony_blair_zur_erklarung_von_laeken_london_17_dezember_2001-de-784627f3-1c54-490f-95ea-24c0505df7a7.html



Publication date: 06/01/2017

Laeken – Stellungnahme des Premierministers vor dem Parlament (17. Dezember 2001)

[...]

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, ein weiteres, wichtiges Ziel des Europäischen Rates war die Vorbereitung der Diskussion über die Zukunft Europas. Mittlerweile wird es immer wahrscheinlicher, dass zehn neue Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Jahr 2004 beitreten werden. Das begrüßen wir. Durch ihren Beitritt werden Frieden, Stabilität und Wohlstand in Europa für uns wie für sie gestärkt. Es ist jedoch offensichtlich, dass die Europäische Union mit 25 und mehr Mitgliedern nicht mehr auf die gleiche Weise und mit genau derselben Verfassung funktionieren kann wie mit fünfzehn. Die Beschlussfassung muss vereinfacht werden. EU-Gesetze werden zunehmend in Form von Rahmengesetzgebungen verabschiedet werden müssen, wobei die Einzelheiten der Umsetzung den Mitgliedstaaten überlassen bleiben. Der Europäische Rat hat bereits die Aufgabe, strategische Vorgaben für die Europäische Union im Ganzen zu definieren. Für die Umsetzung dieser strategischen Vorgaben in die Praxis werden jedoch neuerliche Überlegungen zur Größe und Rolle der Kommission, eine Überprüfung der Funktionsweise des Ratsvorsitzes, der derzeit alle sechs Monate wechselt, sowie eine kohärentere Organisation der Aktivitäten der verschiedenen Fachministerräte erforderlich sein. Aus diesem Grund vereinbarten wir vor einem Jahr in Nizza gleichzeitig mit der Erweiterung die Einberufung einer Regierungskonferenz für das Jahr 2004, und ebenfalls aus diesem Grund berufen wir jetzt einen Konvent zur Vorbereitung der Konferenz ein, der alle diese Punkte genau prüfen soll.

Die Agenda für jene Konferenz wurde in Nizza im Wesentlichen vereinbart. Die Fragen, die gestellt werden müssen, finden sich in der Erklärung, die die Staats- und Regierungschefs am Wochenende in Laeken abgegeben haben.

Diese Erklärung, die ich begrüße, erkennt den Beitrag an, den die Europäische Union in all unseren Ländern zu Frieden, Stabilität und Wohlstand geleistet hat, unterstreicht jedoch gleichzeitig, in welchem Maße sie für ihre Bürger weitere Erfolge bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, dem Gemeinsamen Markt, der Verbrechensbekämpfung und einer sicheren Umwelt erzielen muss. Der Ansicht der Briten zufolge, die weithin geteilt wird, ist es zwar richtig, dass wir immer enger mit unseren Partnern zusammenarbeiten. Gleichzeitig ist die demokratische Kontrolle aber grundlegend und in letzter Instanz in den Mitgliedstaaten verankert. Wie in der Erklärung formuliert erwarten die europäischen Bürger „mehr Ergebnisse, bessere Antworten auf konkrete Fragen, nicht aber einen europäischen Superstaat oder europäische Organe, die sich mit allem und jedem befassen“.

Die Erklärung von Laeken und der Konvent geben uns die Möglichkeit, die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten gründlich zu überprüfen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Union wird die Möglichkeit untersucht werden, den Mitgliedstaaten einige Aufgaben zurückzugeben. Zudem haben wir jetzt die Chance, die europäischen Organe stärker durch die Öffentlichkeit kontrollieren zu lassen. Und die Funktion, die unser Parlament meiner Meinung nach bei der Festlegung der Strategie für dieses Verfahren spielen sollte, wird jetzt ausdrücklich anerkannt.

Den Vorsitz in dem eben von uns einberufenen Konvent wird der ehemalige französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing führen, der während seiner Amtszeit eine zentrale Rolle bei der Gründung des Europäischen Rates gespielt hat. Der Konvent wird ein Jahr lang dauern. Jedes nationale Parlament stellt zwei Vertreter als Mitglieder des Konvents. Die Regionen werden als Beobachter vertreten sein, und das Verfahren sieht zahlreiche Möglichkeiten für die Berücksichtigung von Stellungnahmen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens vor. Natürlich werden Konsultationen auf die übliche Weise mit unseren parlamentarischen Vertretern stattfinden. Der Konvent wird den Staats- und Regierungschefs Optionen vorschlagen, die anschließend entscheiden werden, ob diese Optionen die Vorlage für Vertragsänderungen darstellen sollen. Derartige Änderungen würden durch einstimmigen Beschluss der Regierungen angenommen werden.

[...]